



öffentlich

Betreff:
Straßenausbaubeiträge

Erstellungsdatum 13.12.2005

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion DIE LINKE. PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2006	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x
08.02.2006	Hauptausschuss		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass die in der Satzung für Straßenausbaubeiträge vorgeschriebene Befragung der Anlieger vor Beginn der Straßenbaumaßnahmen konsequent realisiert wird. Der Stadtverordnetenversammlung ist im März 2006 ein Bericht über die seit 2000 durchgeführten Straßenausbaumaßnahmen und die konkrete Form der Bürgerbefragung vorzulegen. Mit dem Bericht ist eine rechtliche Prüfung über die Folgen einer nicht durchgeführten Befragung der Anlieger vor Beginn der Straßenbaumaßnahmen vorzulegen.

Angesichts der aufgetretenen Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Florastraße und der Potsdamer Straße ist den Anliegern für die jetzt erfolgte Aufforderung zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen ein Aufschub bis zu einer rechtlichen Klärung der Zahlungsvoraussetzungen zu erteilen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Virchowstraße und jetzt auch mit dem Ausbau der Potsdamer Straße und der Florastraße ist von den Anliegern kritisiert worden, dass die in der Satzung für Straßenausbaubeiträge vorgeschriebene Anliegerbefragung nicht durchgeführt worden ist. Diesen Vorwürfen und ihren rechtlichen Folgen ist gründlich nachzugehen, um die vorgeschriebene Bürgerbeteiligung bei aktuellen Vorgängen und bei künftigen Straßenausbaumaßnahmen gewährleisten zu können.